

Erklärung der VENRO-Mitgliederversammlung

Bonn, 11. Dezember 2018

### **Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft – in Deutschland und weltweit**

**Wir sprechen uns ausdrücklich gegen politischen Druck auf Finanzämter aus, der das Ziel hat, die Gemeinnützigkeit einzelner Organisationen in Frage zu stellen. Den am Samstag, dem 8. Dezember 2018, auf dem CDU-Parteitag verabschiedeten Antrag, die Gemeinnützigkeit der Deutschen Umwelthilfe zu prüfen, halten wir für einen gefährlichen Präzedenzfall. Es ist der unverhohlene Versuch, eine unbequeme Organisation einzuschüchtern.**

Mit großer Sorge beobachten wir, wie seit Jahren zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit eingeschränkt werden. Die Arbeit unserer Partner, die sich für Menschenrechte, Umweltschutz oder soziale Gerechtigkeit einsetzen, wird häufig dann von staatlichen Stellen behindert oder verboten, wenn ihre Arbeit politisch unbequem ist.

Im CIVICUS-Bericht von 2018 wird der Handlungsraum der Zivilgesellschaft bereits in über 50 Prozent aller Staaten als „geschlossen“, „unterdrückt“ oder „blockiert“ gekennzeichnet. Besonders häufig wird beobachtet, dass Aktivist\_innen verhaftet, Journalist\_innen angegriffen werden und staatliche Zensur ausgeübt wird. Länder wie Russland, China, Türkei, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Brasilien oder Israel haben in den letzten Jahren mit neuen Gesetzen und Verordnungen den Handlungsraum von zivilgesellschaftlichen Organisationen stark begrenzt und Organisationen strafrechtlich verfolgt. Vielen unserer Partner wird dadurch die Arbeit massiv erschwert.

Wenn Aktivist\_innen eingeschüchtert, bedroht, verhaftet oder sogar ermordet werden, stirbt die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation nach und nach ab. Wie der Fall *Attac* zeigt, ist die Umwelthilfe nicht die einzige Organisation in Deutschland, die wegen ihres politischen Engagements derzeit um ihre Gemeinnützigkeit kämpfen muss. Noch ist Deutschland eines der wenigen Länder, in denen der zivilgesellschaftliche Handlungsraum als „offen“ bewertet wird. Wir möchten, dass dies im Sinne einer lebendigen Demokratie auch so bleibt!

Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft. Die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen muss unbequem sein dürfen. Es ist ihre Aufgabe, Rechenschaft von Regierungen und Unternehmen einzufordern, Fehlverhalten aufzudecken und Missstände anzuprangern. Die Regierungsparteien haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, sich „entschlossen gegen die zunehmende und gezielte Einschränkung von Zivilgesellschaft zu wenden, die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.“

Wir fordern die Regierungsparteien daher auf, dies in Deutschland und weltweit umzusetzen.